

erteilt
caff.
Blächen
e, alle 9.
ten
FL.
nn,
10.
e
allee 1.
ben
en.
17
6.
E
KE
ne
str. 2.
e
ufe u.
lich
ra,
für
er.
1.50
in,
25.
er.
en,
1.
al
r. 13.
r. 22.
r.
r. 24.
r. 36.
r. 34.
r. 33.
r. 13.
r. 94.
r. 28.
r. 4.
r. 11.
r. 45.
r. 54.
r.
r.
r.

Bezugsgebühr:
Herausgeber: Dr. H. G. Schmidt
Herausgeberin: Frau H. G. Schmidt
Herausgeber: Dr. H. G. Schmidt
Herausgeberin: Frau H. G. Schmidt
Herausgeber: Dr. H. G. Schmidt
Herausgeberin: Frau H. G. Schmidt
Herausgeber: Dr. H. G. Schmidt
Herausgeberin: Frau H. G. Schmidt
Herausgeber: Dr. H. G. Schmidt
Herausgeberin: Frau H. G. Schmidt

Dresdner Nachrichten

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik
Altmarkt 6 **J. M. Korschatz**, Hoflieferant
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarisirte und garnirte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.
Geegründet 1856

Anzeigen-Carif.
Die Annahme von Anzeigen erfolgt in der Druckerei des Dresdner Nachrichten am 1. März 1902.
Die Anzeigen werden mit 10 Mk. berechnet.

Arthur Matthes, Cigarrenhandlung,
Filiale der **Dresdner Nachrichten**
Kirchstraße 1, pr. • Dresden Platz • Ecke Rathhausstr.
und Rosenstraße 2, pr.
Spezialität in Annehmlichkeiten und Abonnements für obige Zeitung.

Gummi Guttapercha Asbest
fertig in
Qualität
E. Böhm
Dresden
Ferdinandstr. 13

H. Grossmann
Nähmaschinen.
Verkauft in Dresden: Schillerstraße 25, Valentinstraße 5,
Königsplatz 44 (Hof, Strieparter), in Leipzig: Schillerstraße 18
und bei Herrn H. G. Schmidt, Dresden 1, in der Breitenstraße 18.

Wurmplage bei Kindern und Erwachsenen durch **Dr. Küchenmeister's Wurmpräparate** die anerkannt wirksamsten und unbedenklichsten Mittel.
Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 5.

Mr. 59. Spiegel: Politische Situation, Solowich, Letzt in Wasserbad, Solowich, Hans Mathys, Witterung: Stenisch, Sonnabend, 1. März 1902.

Die politische Situation.

Die Zukunft des ganzen Reichs liegt wieder völlig im Dunkeln. Die Vertreter der überwiegenden Mehrheit der Reichstagsparteien, die auf dem Boden der nationalen Schicksalspolitik stehen und deren positive Wirkung unerlässlich bleibt, wenn der Reichstag unter Dach und Fach gebracht werden soll, sind in einem vor der Hand unauflöslich schwebenden Gegenstand der Position getreten, die die verbündeten Regierungen einnehmen. Diese haben, wenn man aus der Erklärung der Mitglieder der Reichstagskommission auf die Haltung der von ihnen vertretenen Parteien schließen darf, zunächst im Reichstags-Räumen mehr hinter sich als eine kleine Anzahl der Nationalliberalen. In der Reichstagskommission hat sich nur der nationalliberale Führer Abg. Dr. Baasche zur unveränderlichen Annahme der Getreidegesetzgebung in der Regierungsvorlage bekannt, während sein fraktionsgenosse Abg. Sieg für den Kompromissantrag getreten ist. Von einem dritten Theile der Nationalliberalen wird überdies noch behauptet, daß sie in Uebereinstimmung mit den Freikämmlern für die Aufrechterhaltung der jetzt bestehenden Getreidegesetzgebung eintreten wollen.

Darüber, was nunmehr, angesichts des Widerstandes der Regierungsparteien und des Kompromissantrages, geschehen soll, gehen zur Zeit noch die Ansichten sehr weit auseinander. Ein wahres Toben von Auffassungen und Meinungen, von Wünschen und Erwartungen ist entgegengesetzt. Ungewöhnliche Freude an dem Wirtum empfinden nur die grundsätzlichen Gegner des neuen Reichstags. Sie trauern nicht, da sie die Vorlage als gescheitert ansehen. Selbst wenn der Fall eintreten sollte, daß die Verhandlungen über den Reichstag fortgesetzt werden, so rechnen sie damit, daß diese sich endlos bis zu den Neuwahlen fortziehen. Begonnen ist die Verhandlung über den Tarif mit keinen 145 Nummern, so könne man gut 500 Tage reden und beschließen, ohne zum Ziele zu kommen. Das Hauptmittel des freikämmlerischen Antireformwiderstandes, die Obstruktionspolitik, ist ja noch gar nicht in's Werk gesetzt worden. Noch ist die Verhandlung, bemerkt ein freikämmlerischer Blatt zur Stärkung seiner Elendhoffnung, nicht bis zum Tarif vorgerückt, ohne daß Obstruktion von der Linken auch nur versucht wäre. Mit Befagen vergleicht die freikämmlerische Presse die gegenwärtige Situation mit dem letzten Stadium der Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über die zweite Auflage der Kanalvorlage. Eugen Richter: „S. sieht keinen Gegenstand, dem sich jetzt keinen anderen Weg für die Regierung, als das „barbarische Schiff“ preiszugeben, die Reichstagsvorlage im Reichstags zu zerlegen und den Versuch zu machen, wie weit sich die einzelnen Blöcke bei den Verhandlungen über die Tarifverträge mit dem Ausland zu bewegen lassen. Wie bei der Kanalvorlage, glaubt man in jenen liberalen Kreisen, die noch immer den Traum hegen, daß früher oder später der neue Reichstag einen vollständigen Systemwechsel und damit zugleich die besterklärte große liberale Partei als Regierungspartei von Bismarck bis mindestens Reichstag zurückzuführen werde, die Vorgeschichte einer neuen Ära zu erkennen. Etwas schätzenswerter als sonst beutet dies die „National-Ztg.“ an, indem sie schreibt: „Es mag schwierig sein, zu regieren, wenn man in gewissen Fällen auf eine zum Teil demokratische Mehrheit angewiesen ist; aber es darunter zu wagen, kann unerlässlich erscheinen, sofern man anderenfalls überhaupt darauf verzichten möchte, zu regieren. Die Regierung vielmehr von den Herren Graf Schwerin, Graf Limburg und Genossen regiert würde. Steht die Wahl so — und der Augenblick scheint nahe zu sein —, dann könnte Entschlossenheit und Vertrauen zu den eigenen geistigen Mitteln dahin führen, daß eine Aenderung der inneren politischen Lage von Grund aus versucht würde.“

Auch mit der Möglichkeit der Reichstagsauflösung wird hier und da geredet, obwohl der Gedanke so unheimlich ist, daß man ihn von vornherein ablehnen sollte. Eine Wahlkampagne, die unmittelbar an das Regierungskommunikat anknüpfen und sich also ausschließlich unter der Parole: „Für oder wider die Höhe der Getreidezölle, wie sie in der Regierungsvorlage festgelegt ist, vollziehen würde, müßte das höchst seltsame Schauspiel bieten, daß auf Seiten der verbündeten Regierungen nur eine einzige kleine, der Vermehrung kaum fähige nationalliberale Gruppe stände, während alle übrigen Parteien, von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten, den Regierungspunkt, wenn auch im Einzelnen zum Teil unter diametral entgegengesetzten Gesichtspunkten, mehr oder weniger entschieden bekämpfen würden. Das Ende des Wahlkampfes würde die totale Niederlage der Regierungspolitik sein, und die besten Geschäfte würden naturgemäß vermöge ihrer ausgezeichneten Organisation sowie ihrer am meisten ausgebildeten und vorgebildeten Repräsentationsfähigkeiten die radikalen Parteien machen, auf deren positive Mitarbeit bei der Ausräumung der schwebenden Zoll- und handelspolitischen Aufgaben die Regierungen überhaupt nicht, weder vor noch nach einem Appell an die Wähler, zu rechnen haben. Mit Recht ist auch bereits darauf hingewiesen worden, daß die bisher von der Reichstagskommission gefassten Beschlüsse, auch nicht die Annahme des von vornherein scheinbar als unannehmbar bezeichneten Kompromissvorschlages, zu entscheidenden Regierungsmaßnahmen

burchaus nicht drängen oder berechtigen. Es ist zunächst noch mit der Möglichkeit einer zweiten Lesung in der Kommission zu rechnen, wodurch eine Aenderung der in erster Lesung erzielten Beschlüsse herbeigeführt werden kann. Ferner liegt für die Regierungen kein Grund vor, die Kommissionsanträge als unbedingt bindend für die Entscheidungen des Reichstages selbst zu erachten. Auf Grund von Kommissionsbeschlüssen sind Reichstagsauflösungen noch niemals erfolgt; als Regel von den allerdings Ausnahmen vorbehalten sind, daß es wohl angeht, einen Appell an die Wähler erst dann zu richten, wenn das Plenum des Reichstages in dritter Lesung keinen ablehnend unabhängigen Willen gegenüber der Regierung bekundet hat.

Es steht im Uebrigen heute noch fest, daß sich die Parteien, deren Vertreter in der Reichstagskommission für den Kompromissvorschlag getreten haben, verpflichtet haben, hiervon in ihrem weiteren Studium der Verhandlung abzuweichen. Die Regierungen müßten zwar in Bezug auf die Höhe der Mindestzölle für Getreide ihr „letztes Wort“ gesprochen haben, die Parteien aber, denen das Zustandekommen des neuen Reichstags am Herzen liegen muß, die Konservativen und das Centrum, noch nicht. Allerdings hat das führende Organ der Konservativen, die „Kreuz-Zeitung“, wiederholt die Behauptung als haltlos gekennzeichnet, daß die Konservativen, wenn sie nicht hoffen dürfen die Erhöhung der Mindestzölle für Getreide nach Maßgabe des Kompromissantrages zu erreichen, in ihrem eigenen Interesse das Zustandekommen der Regierungsvorlage dem bisherigen Zustande vorziehen müßten. Indes lassen sich schon jetzt mehrere Symptome wahrnehmen, aus denen man schließen darf, daß nicht für alle Konservativen die Mindestzölle des Regierungsvorschlages absolut unannehmbar sind. Einzelne konservativere Blätter, wie die „Schief-Sta.“ und die „Post“, plädieren für Nachgiebigkeit. Die „Schief-Sta.“ meint, bei den verantwortungsbewussten Entscheidungen, die jetzt von der Regierung zu fassen sind, dürften neben den schützenden Bedürfnissen auch die allgemeinen politischen Konsequenzen nicht unermogen bleiben, und das konservativere Organ ertheilt der schützenden Mehrheit direkt den Rath, den Rath der Vorsicht zu üben und den verbündeten Regierungen nachzugeben. Bei dem Centrum kann von endgültigen Entscheidungen in Fragen von hervorragender Tragweite, bei denen sich das Wort „Centrum ist Trumpf“ bewahrheiten läßt, vor der zweiten oder dritten Lesung im Plenum nicht die Rede sein. Wenn sich auch augenblicklich die ultramontane Presse über die Zustimmung, den Regierungen nachzugeben, sehr ungeduldig äußert, so sind doch die Centrumsführer in der Reichstagskommission vorsichtig genug gewesen, sich den Rückzug nach der Regierungsvorlage zu offen zu halten. Wenn sich die Situation so zuwippt, daß die Herren Vöder und Genossen das letzte entscheidende Wort zu sprechen haben, so wird das Centrum die günstige Gelegenheit, sich wieder als Regierungspartei zu erweisen, sicherlich unbenutzt vorübergehen lassen. Hoffentlich nicht am Preis der Aufhebung des Selbstzweiges!

Neueste Drahtmeldungen vom 28. Februar. Prinz Heinrich in Amerika.

Washington, (Priv.-Tel.) Prinz Heinrich besuchte heute den jungen Sohn des Präsidenten Roosevelt in seinem Praterzimmer im Weißen Hause. Der Prinz verweilte mehrere Minuten freundlich und überauswohlwollig mit dem Knaben, der sich seiner Unmündigkeit wegen jetzt auf dem Wege der Verweisung befindet.

Washington, (Priv.-Tel.) Prinz Heinrich legte gestern im Auftrag des Kaisers Wilhelm einen Kranz auf dem Grabe Georg Washington's nieder und pflanzte nahe der Grabstätte eine Linde. Danach besichtigte er noch den Washington-Bernon. Beim Besuche des Grabes Washington's in Mount Vernon entblöhte Prinz Heinrich, als er sich der Gruft näherte, das Haupt. Im Wohnhause Washington's empfing er später eine Abordnung des Brauereivereins von Mount Vernon und schickte über Alexandria zurück.

Washington, (Priv.-Tel.) Prinz Heinrich empfing gestern Vormittag einige Amerikaner in Privatquartieren, so Cecil Taylor, der ihm sein Buch über Kaiser Friedrich überreichte. Als der Prinz im Begriff war, sich nach dem Kapitol zu begeben, drängte sich ein junger Deutscher durch die ganze Umarmung bis zur Treppe der Vorhalle, um sich dem Prinzen als ehemaliger Mitarbeiter auf der „Aene“ vorzustellen. Der Prinz erkannte den Mann sofort und freute sich sehr. Zur Erinnerung an das Regimentskapitän der Capitaine der Industrie lassen die Personalisten derselben eine goldene Medaille prägen, welche auf der einen Seite das Bild des Prinzen Heinrich, auf der anderen den Werth zeigt.

Washington, (Priv.-Tel.) Die Bewohner von Mount Vernon bereiteten dem Prinzen Heinrich einen überaus warmen und herzlichen Empfang. Als der Prinz bemerkte, daß sein Adjutant Kapitänleutnant Schmidt v. Schwintel vielfach mit ihm verwechselt wurde, obwohl der Kapitänleutnant die ihm dargebotenen Ehrenbezeugungen nicht annehmen wollte, rief der Prinz den Ober des Gebäudes heran und befahl ihm folgendes: „Dr. Schmidt, bitte sagen Sie Schmidt, er möge sehr vorsichtig sein in dem, was er jetzt thut. Er muß bedenken, daß ich die Reputation aufrecht zu erhalten habe.“

New-York, (Priv.-Tel.) Lornes, der Erbauer der neuen Kaiser-Yacht empfing ein Kabeltelegramm des Kaisers Wilhelm, der ihn zu dem Ban der Yacht beglückwünscht.

Annapolis, (Priv.-Tel.) Prinz Heinrich traf Sonntag 10 1/2 Uhr zum Besuche der Marine-Akademie der Vereinigten Staaten hier ein. Auger dem Vertreter des Präsidenten Roosevelt und den ständigen in der Umgebung

des Prinzen Weinenden, begleiteten ihn heute der Vorsitzende des Marine-Ausschusses des Senats Cole und der des gleichen Ausschusses im Repräsentantenhause Vah Unterstaatssekretäre Bierce, die Admirale Bowles, Embick, Kenn, O'Neill und Bradford, Kommandant Conley, die Kapitäne Sigberg und Kemp, sowie der Befehlshaber des Marinekorps, General Davenport. Der Prinz begab sich mit seiner Begleitung (gleich nach der Ankunft zum Gebäude der Marine-Akademie.

Berlin, (Priv.-Tel.) Reichstag. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat des Reichseisenbahnamts. — Abg. Bachmide (frei. Vereinig.): Artikel 45 der Verfassung bestimmt: Das Reich wird dahin wirken, daß die Eisenbahnen möglichst gleichmäßig sind und daß eine Verabreichung derselben erfolgt. Gleichwohl seien wir von einer Verabreichung der Tarife weiter entfernt als je. Die letzte Eisenbahntarifierung im Reichseisenbahnamt habe die Pflicht, auf Abhilfe bedacht zu sein. Weiter nimmt hierbei wie auf die preussischen, so namentlich auch auf die sächsischen Staatsbahnen Bezug. — Präsident des Reichseisenbahnamts Schulz widerspricht der Behauptung, daß die Eisenbahnfälle an Zahl und Umfang zugenommen hätten. Ob bei einem Unfall mehr oder weniger Personen verletzt würden, das hänge überdies vom Unfall ab, nämlich je nachdem der Zug mehr oder weniger stark beladen sei. Nach der Zahl der Verletzten könne also die Frage der Verabreichung nicht beurtheilt werden, entscheidend sei nur die Zahl der Unfälle, und diese sei seit etwa 10 Jahren fast constant geblieben. Es entfielen nämlich auf je 10 Mill. Zug-Kilometer in dem Zeitraum 1891—95 33 Unfälle, in dem darauf folgenden Zeitraum 26,9, im nächsten Zeitraum 21,9 und endlich in dem letzten Zeitraum, also 1896—1900, nur 17,4 Unfälle. Die automatische Kupplung unterliege noch fortgesetzt der Prüfung; die Urtheile aus Amerika darüber lauteten aber nicht gerade günstig. — Abg. Frank (nat.-lib.) behauptet sich darüber, daß der Eisenbahntransport von Gütern nicht immer mit genügender Sorgfalt erfolgt, die Stadtkörner kommen oft leicht zerbrochen und zertrümmert an. — Abg. Müller-Deininger (frei. Volksp.) hält gleich Sachmide die sächsische Reform für unzulänglich. In der Theorie wäre ja eine Reichseisenbahngemeinschaft vielfach gewünscht, aber in der Praxis würde man sie als eine Verpehlung. Man könne die sächsische sächsische preussische Eisenbahnpolitik zu gut, unter welcher namentlich die armen thüringischen Staaten litten. — Abg. Beckh-Roburg (frei. Volksp.) und Abg. Baudert (Soz.) beschwerten sich gleichfalls über das zu sächsische Vorgehen der preussischen Eisenbahnverwaltung in den mitteldeutschen Kleinstaaten. Dieses Vorgehen habe namentlich die Verminderung beim gänzliche Entziehung der Sonntagsfahrpläne gemacht, besonders unter den Landleuten, die gewohnt seien, Sonntags die Stadt aufzusuchen. — Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Reichsp.) äußert seine Enttäuschung über die im Vorjahre erfolgte Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten auf 45 Tage und widerspricht zugleich jeder weitergehenden Personaltarifierung. Die arbeitsmäßige Finanzlage erlaube eine solche nicht. — Hieran wird der Etat des Reichseisenbahnamts genehmigt. — Es folgt der Etat des sächsisch-lothringischen Reichseisenbahnamts. — Abg. Schumberger (nat.-lib.) behauptet, das Ober-Eisenbahnamt von der Verwaltung zu stiefmütterlich behandelt im Bereiche des Unter-Eisenbahns und zu Lotbringen. Der Eisenbahnminister vertheilt dem Ober-Eisenbahns gegenüber zu herlos. (Vizepräsident Büttner bemerkt dem Redner, daß man so etwas von dem Minister eines Bundesstaates nicht sagen dürfte. Weiterkeit.) — Minister v. Thielen legt dar, daß und wie das Unter-Eisenbahns und Lotbringen aus wirtschaftlichen und mehr noch aus strategischen Rücksichten ein dichteres Eisenbahns haben müßten, als das Ober-Eisenbahns. — Auf eine Aenderung des Abg. Leinweber (nat.-lib.) erwidert der sächsische Gesandte Graf Perchtold: Wenn der Redner sagt, er und ein Theil seiner pfälzischen Landesleute hätten es für die beste Lösung, daß die pfälzischen Bahnen an das Reich übergeben, so kann ich ihm nur antworten: Ja und der größte Theil meiner Landesleute halten diese Lösung nicht für die natürlichste. (Weiterkeit.) — Auf Bemerkung des Abg. Hoff-Strassburg zu Gunsten von Tarif-Ermäßigungen entgegnet Minister v. Thielen: Eine Reform der Personaltarifierung würde im Wesentlichen in einer Vereinfachung der Tarife, nicht aber in deren Verabreichung bestehen können. Es werde wohl darüber kommen müssen, daß man über alle die verchiedenen Reformen mit dem Schwamm hinwegfahre, so daß nur die einfache Jahrestarife übrig bleibe. Eine weitere Verabreichung der Personaltarifierung und Gütertariife verbiete sich aber wegen der wirtschaftlichen und auch finanziellen Verhältnisse. — Abg. Schradter (frei. Vereinig.) findet in der Erklärung des Ministers keine „Ermäßigung“, nur die Kommissens der Eisenbahnverstaatlichung. Die Eisenbahnverwaltung übersehe leider gar zu sehr, daß gerade die Tarifherabsetzung auch den Verkehr steigern würde, wie sich dies ja selbst im Kohleverkehr und zwar ohne zu große Steigerung der Kosten, gezeigt. — Nach weiteren Auseinandersetzungen über lokale Wünsche betreffs Eisenbahnbauten und über Verbesserungen für verschiedene Beamtenkategorien bei der sächsisch-lothringischen Bahn, wird der Etat nach den Vor schlägen der Budgetkommission angenommen. — Morgen: Etat der Zuckersteuer und Orienttempel-Abgaben.

Berlin, (Priv.-Tel.) Der Schab von Berlin wird auf seiner diesjährigen Europareise Ende Mai Berlin berühren. — Die Desoladenfabrik Gehr. Stollwerk in Köln ist in eine Aktiengesellschaft mit 10 Mill. Mark Aktienkapital und 5 Mill. Mark Vorzugsaktien umgewandelt worden. Die Gründung liegt in den Händen eines Konsortiums, an dessen Spitze die Darmstädter Bank steht und dem außerdem die Firma G. Reichardt, die Berliner Handelsgesellschaft und der Schaaffhausen'sche Bankverein angeschlossen sind.

Berlin, (Priv.-Tel.) In der heutigen Aufsichtsrathsitzung der Deutsch-Oberseeischen Bank wurde die Errichtung

Friedrich & Glöckner
Bismarck-Platz, Dresden
Telefon 1111

Arthur Matthes, Cigarrenhandlung,
Filiale der **Dresdner Nachrichten**
Kirchstraße 1, pr. • Dresden Platz • Ecke Rathhausstr.
und Rosenstraße 2, pr.
Spezialität in Annehmlichkeiten und Abonnements für obige Zeitung.